



Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Ich freue mich auf meine „zweite Halbzeit“ als Oberbürgermeister der Stadt Mainz und bin dankbar für die Unterstützung, die ich im Zuge des Wahlkampfs erfahren durfte. Jetzt gilt es, Kurs zu halten, weiter anzupacken und wichtige kommunale Themen zukunftsweisend zu gestalten.

Für attraktiven ÖPNV

Eines dieser Themen, das für jede Kommune von größter Bedeutung ist, stellt der Wandel hin zu einer moderneren Mobilität dar: weg von der einseitigen Konzentration auf den Verbrennungsmotor, hin zu alternativen Antrieben. Im Fokus steht jedoch nicht nur der PKW-Verkehr, besonders der ÖPNV muss deutlich attraktiver werden, damit er eine echte Alternative zum Auto wird. Gefragt ist zudem eine hohe Qualität: Die Fahrt mit Bus oder Bahn sollte für alle Fahrgäste so angenehm wie möglich sein. Auch deutlich attraktivere Ticketpreise sind dafür notwendig – Land und Bund sollten sich hier bei der Förderung des ÖPNV stärker beteiligen. In Form eines 365-Euro-Jahrestickets für alle könnte Mobilität bezahlbar und umweltverträglich gestaltet werden.

Ein weiterer Baustein ist zudem die Stärkung des Radverkehrs, die noch erheblich vorangetrieben werden muss. Bereits vonseiten der kommunalen Verkehrsplanung müssen Bedürfnisse von Radfahrerinnen und Radfahrern stärker berücksichtigt werden. Besonders Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit sind hier gefragt – schließlich kann nur so der Anteil derer, die umweltfreundlich radeln, gestärkt werden.

Kommunaler Klimaschutz

Eine moderne umweltfreundliche Mobilität geht zudem Hand in Hand mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Das Stichwort lautet hier kommunaler Klimaschutz: Besonders



Michael Ebling

Foto: SGK

gute Ideen wurden im vergangenen Monat beim Wettbewerb „Klimaktive Kommune 2019“ bereits durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Rahmen der 12. Kommunalen Klimakonferenz ausgezeichnet. Betrachtet man die ausgezeichneten Kommunen und ihre Maßnahmen wird deutlich: Groß anmutende Ziele können mit guten Ansätzen bereits im Kleinen in engagierten Kommunen umgesetzt werden, die so ihren Beitrag zur Gemeinschaftsaufgabe leisten. Schließlich kann jede Stadt oder Gemeinde ihren Ausstoß von Treibhausgasen unter die Lupe nehmen und reduzieren. Dazu kann etwa das Energiesparen in kommunalen Einrichtungen, aber auch eine nachhaltige und klimafreundliche kommunale Beschaffung zählen – die Umsetzung ist es, die zählt.

In Bezug auf weitere aktuelle Themen bietet die vor euch liegende

DEMO-Ausgabe interessante Beiträge: Sowohl zur Förderung der Feuerwehren als auch einen Artikel, der sich mit der aktuellen Steuerschätzung befasst, die ein positives Bild zeigt. Trotzdem drückt der Schuh in den Haushalten unserer Kommunen weiterhin bei der Last der Altschulden. Betont werden muss dabei unsere Forderung an den Bund, sich finanziell zu beteiligen, damit betroffene Kommunen bei der Lösung ihrer bis zur Handlungsunfähigkeit lähmenden Schuldenprobleme unterstützt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Euer

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

Inhalt

Michael Ebling bleibt
Oberbürgermeister in
der Landeshauptstadt

Millionen-Hilfen für
die Feuerwehren
in Rheinland-Pfalz

Neue Steuerschätzung:
Kommunen profitieren

Auch nächstes Jahr
weitere SGK-Seminare

Seniorenbeiräte eine
Bereicherung für
das Zusammenleben

SGK Rheinland-Pfalz
hat neue Geschäftsstelle

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Romano-Guàrdini-Platz 1
55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Michael Ebling bleibt Oberbürgermeister in Mainz

Der Sozialdemokrat geht in zweite Amtszeit. Klarer Sieg in der Stichwahl.
Landesvorsitzender Roger Lewentz: starker Vertrauensbeweis und Schwung für anstehende Aufgaben

Autor Wolfgang Kröhler

Michael Ebling bleibt Oberbürgermeister von Mainz und geht im April 2020 in seine zweite Amtszeit. In der Stichwahl setzte sich der Sozialdemokrat gegen einen parteilosen Kandidaten, der von CDU, ÖDP und Freien Wählern unterstützt wurde, mit 55,2 zu 44,8 Prozent deutlich durch. Damit wird eine sozialdemokratische Tradition in der Landeshauptstadt fortgesetzt, denn hier stellt die SPD seit nunmehr 70 Jahren den Oberbürgermeister.

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses herrschte im Mainzer Rathaus großer Jubel, die Anhänger und Freunde des 52-Jährigen feierten den Wahlsieger mit lautstarken „Michael, Michael“-Gesängen. Dem alten und neuen Oberbürgermeister, der auch Vorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz ist, war die Freude und Erleichterung über seinen Erfolg anzusehen, als er feststellte: „Ich freue mich, dass ich in eine zweite Amtszeit gehen darf. Freude und Glück erfüllen mich, als auch Erleichterung nach einem Wahlkampf, der zuletzt mit harten Bandagen gegen meine Person geführt wurde. Das betrübt auch insgesamt, was für unschöne Themen aufgeworfen wurden. Ich freue mich umso mehr, dass die Mainzer sich entschieden haben, von wem sie repräsentiert werden wollen. Für das Gemeinsame und die Lebensfreude stehe ich ein, verkörpere es und es ist mir Verpflichtung.“ Trotz wenig Schlaf nahm sich OB Ebling am nächsten Morgen gleich wieder in die Pflicht und startete pünktlich um 11.11 Uhr am 11.11. mit den Mainzer Narren gemeinsam in die neue Fastnachtssaison. Dieses angenehme Spektakel in der Narrenhochburg Mainz darf er jetzt weitere acht Jahre mitgestalten.

Intensive Wochen

Der monatelange Wahlkampf hat für Michael Ebling aber auch eine



Jubelszenen im Mainzer Rathaus: Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur OB-Wahl stand der alte und neue Oberbürgermeister Michael Ebling im Mittelpunkt der Feierlichkeiten seiner Anhänger. Foto: SWR

wichtige Erkenntnis gebracht: „Die Menschen in Mainz haben es verdient, dass man sich für sie abrackert. Die letzten Tage und Wochen waren intensiv, aber der ständige Dialog lohnt sich. Für Themen wie ein 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV im Rhein-Main-Gebiet, viel bezahlbaren Wohnraum, eine Landesgartenschau als Band von Grün und Kultur, konkreten lokalen Klimaschutz und ein weltoffenes wie tolerantes Mainz kämpfe ich.“

Die Oberbürgermeisterwahl in Mainz hatte aber auch für die Landes-SPD eine große Bedeutung. Das verdeutlichte Roger Lewentz, Landesvorsit-

zender der SPD-Rheinland-Pfalz, in seiner Glückwunschschaft: „Im Namen des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz gratuliere ich Michael Ebling zum Sieg bei der Oberbürgermeisterwahl sehr herzlich! Ein tolles Signal für uns als SPD Rheinland-Pfalz: Sozialdemokratische Politik überzeugt und begeistert. Das gibt uns Schwung für anstehende Aufgaben.“

„Ein Glücksfall“

Das Wahlergebnis sei ein toller Beweis dafür, dass sich gute und verlässliche Arbeit auszahlt, so Lewentz weiter: „Dass Michael Ebling Oberbürgermeister bleibt, ist gut

für Mainz und ein Glücksfall für die Menschen. Er hat seine Heimatstadt mit leidenschaftlicher Energie entscheidend vorangebracht und steht wie kein Zweiter für ein solidarisches, gerechtes und erfolgreiches Mainz. Das Wahlergebnis ist ein starker Vertrauensbeweis der Mainzerinnen und Mainzer.“

Der Wahlsieg in der Landeshauptstadt bestätigt die SPD als dominierende Kraft in den großen rheinland-pfälzischen Städten. Auch in Ludwigshafen, in Kaiserslautern, in Koblenz und in Trier stellen die Sozialdemokraten die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister.

Land fördert wichtige Investitionen der Feuerwehren

In den letzten Jahren sind rund 125 Millionen Euro geflossen. Hochwasser- und Starkregenereignisse machen neue Strategien erforderlich

Autor Roger Lewentz, Innenminister Rheinland-Pfalz

Die rund 51.000 ehrenamtlichen Einsatzkräfte in den rheinland-pfälzischen Feuerwehren bilden das Rückgrat der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in unserem Land. Ihr Wirken ist für die Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Die rheinland-pfälzische Landesregierung erhält dieses erfolgreiche und kostbare System der freiwilligen Hilfeleistung und stellt es zukunftsfähig auf durch die jährliche finanzielle Förderung des Feuerwehrwesens.

Kooperationen werden besonders gefördert

Die Durchführung der finanziellen Förderung des Feuerwehrwesens wird auf der Grundlage von § 43 Abs. 3 i.V.m. § 35 Abs. 3 Nr. 1 des Landesgesetzes über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (LBKG) sowie § 19 Abs. 2 des Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) in der Verwaltungsvorschrift „Zuwendungen für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Förderrichtlinie)“ geregelt. Im Feuerwehrwesen erfolgt die finanzielle Förderung grundsätzlich als projektbezogene Einzelförderung, wobei bei Anträgen für Feuerwehrfahrzeuge die Festbetragsfinanzierung und bei Anträgen für Feuerwehrhäuser und Feuerwachen die Anteilsfinanzierung Anwendung finden.

Bei der finanziellen Förderung des Feuerwehrwesens werden gemeinsame Kooperationen der Kommunen durch interkommunale Zusammenarbeit in der heutigen Zeit der knappen Haushaltsmittel begrüßt und besonders gefördert.

In den Jahren 2011 bis 2019 hat das Land die Gemeindefeuerwehren für den Bau von Feuerwehrhäusern und Feuerwachen mit 34,7 Millionen Euro, für die Beschaffung von

großen Feuerwehreinsatzfahrzeugen mit 65,1 Millionen Euro und für die Beschaffung von kleinen Feuerwehreinsatzfahrzeugen, Geräten und Ausstattung mit 20,9 Millionen Euro (sogenannte Pauschalförderung durch die Landkreise) gefördert. Im Zuge der Umstellung von der analogen auf die digitale Alarmierung förderte das Land die Kommunen bei dem Aufbau des Netzes und der Beschaffung von Funkmeldeempfängern mit 4,95 Millionen Euro, die 2014 bis 2019 bewilligt wurden. Für die Förderrunde 2019 betrug das Budget für Feuerwehrfahrzeuge sowie Feuerwehrhäuser und Feuer-

wachen rund 14,1 Millionen Euro.

Insgesamt erhielten die kommunalen Aufgabenträger des Brand- und Katastrophenschutzes in den Jahren 2011 bis 2019 Fördermittel des Landes in Höhe von 125,6 Millionen Euro. Dieser Betrag setzt sich aus Mitteln der Feuerschutzsteuer, aus Allgemeinen Haushaltsmitteln und aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleiches (Investitionsstock) zusammen. Da die Förderquote in der Regel 33,3 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten beträgt, kann damit gerechnet werden, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise



Innenminister Roger Lewentz

Foto: Torsten Silz/Mdl. RLP

durch diese Förderung des Landes Investitionen in Höhe von 375 bis 380 Millionen Euro getätigt haben.

Neue Herausforderungen durch Waldbrandgefahr

Auch Rheinland-Pfalz war in den letzten Jahren von Starkregenereignissen und Wald- und Vegetationsbränden betroffen. Hier gilt es, wegen den klimatischen Entwicklungen übergreifende Strategien und Handlungsansätze zu identifizieren, die neuen Herausforderungen zu bewerten und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Strategien zu formulieren. In Rheinland-Pfalz wurden auch auf meine Bitte hin – aufbauend auf einem Workshop an der LFKS im Oktober 2018 – Arbeitsgruppen gebildet. Die Arbeitsgruppen, in denen Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, fachlich zuständige Vertreter der ADD und der LFKS sowie erfahrene Feuerwehrkräfte aus dem Ehrenamt, von Berufsfeuerwehren oder Verbänden und aus dem Bereich der Forstwirtschaft mitarbeiteten, haben konkrete Arbeitsergebnisse erzielt. Es wurden taktische Konzepte fortentwickelt und die Beschaffung neuer und auch zusätzlicher technischer Ausrüstung vorgeschlagen. Auch die Ausbildung



Die Ausrüstung mit modernen Feuerwehrfahrzeugen wird vom Land jährlich mit Millionenzuschüssen gefördert.

Foto: pixavay/danielsfotowelt

der Feuerwehren wird überprüft und forciert. Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen werden nun in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden von Rheinland-Pfalz abschließend bewertet und auf Umsetzbarkeit – insbesondere auch in finanzieller Hinsicht – geprüft.

Anschließend werden die Arbeitsergebnisse zur Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung in den „Rahmen-Alarm- und Einsatzplan WALDBRAND“ einfließen. Die Ergebnisse der „AG Starkregenereignisse“ finden Eingang in den „Rahmen-Alarm- und Einsatzplan HOCHWASSER“. Danach sind die Aufgabenträger auf Gemeinde- und Landkreisebene gehalten, ihre eigenen Alarm- und Einsatzplanungen auf der Grundlage der vorgenannten Rahmen-Alarm- und Einsatzpläne des Landes zu aktualisieren und fortzuschreiben.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass mit einem Beschluss der Innenministerkonferenz eine „AG Nationaler Waldbrandschutz“ eingerichtet wurde, in der alle Bundesländer und der Bund vertreten sind, um die Herausforderungen der Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung gemeinsam zu analysieren und anzugehen. Hierbei ist natürlich auch die gegenseitige Unterstützung im Ereignisfall ein wichtiges Thema.

Steuereinnahmen und Gewerbesteuer steigen im nächsten Jahr

Trotz einer weniger dynamischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor günstige Bedingungen. Erhöhung der Gewerbesteuerumlage fällt weg

Autor Nico Steinbach

Die Gemeinden in Rheinland-Pfalz können im nächsten Jahr mit höheren Steuereinnahmen rechnen. Nach der aktuellen Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ beim Bundesfinanzministerium vom 28. bis 30. Oktober 2019 werden die Steuereinnahmen von 4,786 Milliarden Euro im Jahr 2019 um 248 Millionen Euro auf rund 5,034 Milliarden Euro im Jahr 2020 steigen.

Binnenkonjunktur stabil

In dem Ergebnis spiegeln sich mehrere Entwicklungen wider. Zwar zeigt sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung insgesamt weniger dynamisch, bedingt durch eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums, das sich letztlich auch in Rheinland-Pfalz auswirkt. Aber die binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist nach wie vor günstig. Die privaten Haushalte profitieren von einer sehr guten Arbeitsmarktlage und steigenden Einkommen. Auch

die Finanzpolitik hat in den letzten Jahren starke Impulse für eine nachhaltige und anhaltende Steigerung der verfügbaren Einkommen gesetzt. In Verbindung mit dem nach wie vor robusten Arbeitsmarkt stellt die Binnenkonjunktur die tragende Säule des Wachstums dar.

Gegenüber 2018 gehen die landesweiten Steuereinnahmen der Kommunen allerdings um rund 53 Millionen Euro zurück. Der Rückgang ist leicht erklärt. So heißt es im Vorbericht zum Haushaltsplan 2018 der Stadt Ingelheim am Rhein auf Seite 30: „Bei der Gewerbesteuer werden bei einem Hebesatz von 310 v. H. Erträge in Höhe von 370 Millionen Euro erwartet aufgrund einer erheblichen Nachzahlung für das Veranlagungsjahr 2017. In den Finanzplanungsjahren wird mit Gewerbesteuererträgen in Höhe von 200 Millionen Euro p.a. gerechnet.“ Für das Jahr 2017 hatte die Stadt „nur“ 185 Millionen Euro

veranschlagt. Wenngleich die „erhebliche Nachzahlung“ von der Stadt Ingelheim am Rhein aufgrund des Steuergeheimnisses nicht genau beziffert werden kann, dürfte die Größenordnung dieses Einmaleffekts wohl bei 170 Millionen Euro gelegen haben.

Einen zwar geringeren, aber dennoch wesentlichen und weiteren Einmaleffekt gab es auch in der Gemeinde Budenheim. In einem Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 25. Juni 2018 wurde berichtet: „Geldsegen mit Folgen für die Gemeinde: 28 Millionen Euro, die ein ortsansässiges Unternehmen an Gewerbesteuer in die Gemeindekasse zahlt, fließen in den Haushalt für 2018. Die Mittel wurden jetzt ... in den Nachtragshaushalt für dieses Jahr eingestellt, der ein Volumen von rund 43,6 Millionen aufweist, 26 Millionen Euro mehr als bisher veranschlagt“.

Insofern dürften in den Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen

Unseren Mitgliedern und ihren Familien,
Freunden und Gönnern wünschen wir
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
sowie ein erfolgreiches Jahr 2020,
in dem wir uns alle hoffentlich gesund
und in guter Stimmung wiedersehen.

Michael Ebling, SGK-Landesvorsitzender
Nico Steinbach, SGK-Landesgeschäftsführer





Nico Steinbach

Foto: SGK

Gemeinden des Jahres 2018 rund 200 Millionen Euro aufgrund von Einmaleffekten enthalten gewesen sein. Wenn die Steuereinnahmen des Jahres 2019 landesweit nicht um diese 200 Millionen Euro, sondern „nur“ um 53 Millionen Euro zurückgehen, ist das ein gutes Zeichen und bedeutet für die meisten Gemeinden in Rheinland-Pfalz eine Zunahme der Steuereinnahmen in diesem Jahr.

Blick auf Umlagen werfen

Im nächsten Jahr wird die gute und kräftige Entwicklung der Steuereinnahmen von dem Wegfall der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage getragen. Seit dem Jahr 1995 waren die Gemeinden in den alten Ländern an den Länderlasten aus der Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG) vom 23. Juni 1993 mit einer erhöhten Gewerbesteuerumlage beteiligt. Da das Föderale Konsolidierungsprogramm bis Ende des Jahres 2019 befristet war, wird die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage ab nächstem Jahr entfallen. Dies bedeutet für jede einzelne Gemeinde, die ein Gewerbesteueraufkommen erzielt, dass sie vom Bruttoaufkommen mehr Nettoeinnahmen behalten kann. In der Summe der rheinland-pfälzischen Gemeinden kostete die Erhöhung der Ge-

werbesteuerumlage in diesem Jahr etwa 166 Millionen Euro. Für das nächste Jahr ergibt sich aufgrund der Gewerbesteuerentwicklung eine rechnerische Entlastung der Gemeinden um 169 Millionen Euro.

Um die entsprechende Verbesserung für den Haushalt der eigenen Gemeinde auszurechnen, muss das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer der Gemeinde in einem ersten Rechenschritt durch den tatsächlichen Hebesatz der Gemeinde geteilt werden. Das Ergebnis muss dann in einem zweiten Rechenschritt mit 29 malgenommen werden und ergibt den Entlastungsbetrag in Euro. In dem folgenden Rechenbeispiel ist die Haushaltsverbesserung für eine kleine fiktive Ortsgemeinde durchgerechnet: (siehe Grafik unten)

Die Gemeinde mit einem Bruttoaufkommen in Höhe von 10.000 Euro hätte somit zunächst eine Haushaltsverbesserung durch die verringerte Gewerbesteuerumlage im Jahr 2020 in Höhe von 725 Euro. „Zunächst“ deshalb, weil die 725 Euro im Jahr 2021 bzw. im Jahr 2022 im kommunalen Finanzausgleich in die Grundlagen für die Verbandsgemeinde- und die Kreisumlage eingerechnet werden. Diese Einrechnung erfolgt quartalsweise nach dem jeweiligen Bruttoaufkommen. Die Bruttoaufkommen des I. bis III. Quartals 2020 werden in die Umlagegrundlagen für die Verbandsgemeinde- und die Kreisumlage des Jahres 2021 eingerechnet, und das IV. Quartal 2020 wird im kommunalen Finanzausgleich 2022 berücksichtigt.

Den Gemeinden wird deshalb schon heute empfohlen, auf die Umlagesätze der Verbandsgemeinde des Jahres 2021 und des Jahres 2022 sowie ebenso auf die Umlagesätze des Landkreises des Jahres 2021 und des Jahres 2022 zu achten. Ein entsprechender SGK-Newsletter wird dann im Herbst 2020 und Herbst 2021 rechtzeitig verschickt werden.

1. Rechenschritt:	Bruttoaufkommen in Euro	=	10.000	=	25
	Hebesatz in v. H.		400		
2. Rechenschritt:					
	25	x	29	=	725

Seminare mit praxisnahen Inhalten gefragt

Angebote der SGK und SPD Rheinland-Pfalz werden auch im nächsten Jahr fortgesetzt

Autorin Lisa Vogel

Mit rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Seminarreihe unter dem Titel „Rechte und Pflichten von kommunalen Räten“ ein voller Erfolg. Um der weiterhin hohen Nachfrage nach praxisnahen Inhalten und konkretem Fachwissen gerecht zu werden, hat die SGK Rheinland-Pfalz nun in Kooperation mit dem SPD-Landesverband zusätzliche Seminartermine angeboten.

tungsangebot zugeschnitten: Tipps und Tricks für eine strategisch kluge Ratsarbeit gab SGK-Fachberater Fabian Kirsch, Direktor des Städtetages Rheinland-Pfalz, den Interessierten mit auf den Weg. Ob es Fragen rund um die Beeinflussung der Tagesordnung oder den Umgang mit anderen Parteien und Anträgen waren, besonders erstmalig gewählte kommunale Ratsmitglieder



Durchweg gut besucht waren die Fortbildungsseminare, die die SGK und die SPD Rheinland-Pfalz gemeinsam gestaltet hatten.

Foto: Petra Janson-Peermann

Diesmal beschäftigten sich die Veranstaltungen mit spezielleren Fragestellungen der kommunalen Ratsarbeit: So konnten sich Interessierte rund um kommunale Finanzen informieren. Wie erhalte ich einen Überblick über kommunale Einnahmen und Ausgaben? Und wie stelle ich einen Haushaltsplan auf? Antworten lieferte hier Fachreferent Andreas Wagenführer, der als Volkswirt über umfangreiche Kenntnisse in diesem Bereich verfügt. Bei den beiden Terminen in Trier und in Pirmasens konnte zudem auch auf die individuellen Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingegangen werden.

Für junge Ratsmitglieder

Speziell auf junge Ratsmitglieder war zudem ein weiteres Veranstal-

ten konnten von praxisnahem Wissen profitieren.

Auch in Zukunft sollen vielfältige, praxisnahe Seminarangebote für Mitglieder von SGK und SPD bereitstehen. Aktuell läuft daher bereits die Vorbereitung neuer Weiterbildungsprogramme für Anfang 2020. Dann sollen sich mehrere Seminare unter anderem mit dem Thema der kommunalen Baulandplanung beschäftigen. Darüber hinaus soll die Bildungsarbeit direkt vor Ort weiter gestärkt werden, sodass auch Eigeninitiativen der SGK-Regionalverbände willkommen sind. Unterstützung bietet die Landes-SGK gerne bei der Vermittlung kompetenter Fachreferenten sowie bei der Übernahme einer Unkostenpauschale für Seminare.



Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus in der SPD traf sich bei ihrer Klausurtagung mit dem SGK-Landesgeschäftsführer Nico Steinbach (obere Reihe rechts) zum Gedankenaustausch über die Bildung von Seniorenbeiräten.

Foto: SPD

Das große Potenzial der älteren Generation nutzen

Landessenorenvertretung ist Sprachrohr und Impulsgeber. Seniorenbeiräte in den Kommunen bilden. Wille zur Mitgestaltung. Broschüre gibt Tipps und Anregungen

Autor Wolfgang Kröhler

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Fortschritte in der Medizin und ein bewusster Umgang mit dem Körper lassen die Lebenserwartung immer weiter steigen. Auch wenn die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit dem Altern von der Diskussion um steigende Pflegezahlen und Unterbringung in Pflegeheimen bestimmt wird, sollte man eines nicht vergessen: Die heutige ältere Generation ist so vital und aktiv wie noch nie. Wer ins Rentenalter eintritt, wird schon lange nicht mehr automatisch aufs Abstellgleis abgeschoben – im Gegenteil: Die Seniorinnen und Senioren in unserem Land sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Bedeutung dieser Personengruppe wird in Rheinland-Pfalz von der Landessenorenvertretung repräsentiert. Sie ist praktisch das Sprachrohr und die Interessenvertretung der älteren Generation. Vor etwa zwei Jahren wurde ein Handbuch herausgegeben, das dazu ermuntert, in den Kommunen Seniorenbeiräte zu gründen.

In einem Vorwort dieser Broschüre schreibt die rheinland-pfälzische

Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, dass die Teilhabe und Mitgestaltung in allen Lebensphasen bedeutend sei. „Da, wo wir zu Hause sind, das Gemeinwesen mit zu entwickeln und sich zu engagieren, fördert Verbundenheit und stärkt die Gemeinschaft vor Ort“. Kommunale Seniorenbeiräte seien eine in den Kommunalordnungen von Rheinland-Pfalz verankerte Form der Mitgestaltung. 1989 hätten sich die ersten Seniorenbeiräte in Rheinland-Pfalz gebildet, 2003 sei ihre Beteiligung in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung von Rheinland-Pfalz gesetzlich verankert worden. Seit November 2017 habe die Landessenorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V., der Zusammenschluss der Seniorenbeiräte in Rheinland-Pfalz, mit dem Projekt „Seniorenbeiräte stärken“ die bisherige Arbeit der kommunalen Seniorenbeiräte analysiert, Leitlinien und Verbesserungsvorschläge erarbeitet und Best-Practice-Beispiele festgehalten. Das Handbuch verdeutliche, welches großes Potenzial das Engagement älterer Menschen in Seniorenbeiräten habe. „Sie zeigen den Willen zur Mitgestaltung und beschreiben den gro-

ßen Wert dieser Form der politischen Teilhabe älterer Menschen“, stellt die Ministerin fest. Seniorenbeiräte entwickelten vor Ort neue Projekte, seien in Sprechstunden Ansprechpartner für die ältere Generation, veranstalteten Seniorentage und vermittelten in Informationsveranstaltungen praktische Hinweise zu allen Fragen des Alterns.

„Seniorinnen und Senioren sind auf Grund ihrer Lebenserfahrung Experten und deshalb Gesprächspartner für Themen des Älterwerdens und Altseins. Seniorenvertretungen (Seniorenbeiräte und Seniorenräte) können dazu beitragen, dass sich Frauen und Männer der älteren Generation an der Gestaltung des Gemeinwesens aktiv beteiligen“, sagt auch der Vorsitzende der Landessenorenvertretung, Herman-Hartmut Weyel, der frühere Mainzer Oberbürgermeister. Gleichzeitig stärke das Engagement die Eigeninitiative und eine positive Lebenseinstellung älterer Menschen. Aufgabe der Seniorenbeiräte sei es auch, sich dafür einzusetzen, dass Lebenschancen der Älteren und Zukunftschancen der Jüngeren nicht gegeneinander ausgespielt würden.

„Sie suchen den Dialog mit anderen Generationen und sensibilisieren die Öffentlichkeit für die Situation älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen“, stellt Weyel fest.

In über 100 Kommunen in Rheinland-Pfalz sind mittlerweile Seniorenbeiräte installiert, in den meisten Fällen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten initiiert. Nach den Kommunalwahlen in diesem Jahr besteht in den neuen Räten die Gelegenheit, überall dort, wo es noch Handlungsbedarf gibt, das Thema aufzugreifen. Wie man dabei vorgeht, welche Ziele man verfolgen will und wie man die ältere Generation in die Entscheidungsprozesse einbinden kann, über all diese Fragen gibt es Antworten im Handbuch der Landessenorenvertretung. Nachfolgend Auszüge aus der Broschüre:

Pfeiler des Gemeinwesens

Ältere Menschen wollen ein selbstbestimmtes Leben führen. Sie wollen mitgestalten, ihre Kompetenzen, Netzwerke und Erfahrungen aus der langen Zeit von Berufs- und Familienleben einbringen und weitergeben. Sie sind neugierig, Neues zu lernen, in Kontakt mit Jung und Alt Erfahrungen zu machen und neue Aufgaben mitzugestalten. Ältere Menschen bringen sich ein, gestalten vor Ort Gemeinschaft mit und sind mit ihren reichen Erfahrungen ein wichtiger Pfeiler eines demokratischen Gemeinwesens. Freiwilliges Engagement begleitet das Leben vieler Männer und Frauen im Land. Davon ist keine Altersgruppe ausgeschlossen.

Freiwillig Engagierte haben nachgewiesen mehr Kontakte zu anderen Lebenswelten als ihre Altersgenossen. Ob es der Kontakt zum Elternbeirat ist, der sich um die Sicherheit der Schulwege kümmert oder der Kontakt zu Vorlesepaten, die sich im Kindergarten engagieren: Sie können ihre vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen und ihr Netzwerk einbringen. Mit dem Engagement erweitern sich der eigene Horizont und die Erfahrungen. So entsteht eine breite Teilhabe am modernen Leben. Ältere Menschen wollen die Gesellschaft mitgestalten und Verantwortung übernehmen.

Rheinland-Pfalz hat zurzeit über 100 Seniorenvertretungen. Sie arbeiten

ehrenamtlich, sind parteipolitisch unabhängig und setzen sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. Sie kennen sich vor Ort und in der Region aus. Sie werden von der Bevölkerung als Ratgeber wahrgenommen. Sie vertreten die älteren Menschen und deren Interessen in den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung und in der Gemeinschaft vor Ort. Sie nehmen die Anliegen der älteren Bevölkerung ernst, greifen sie auf, suchen mit der Verwaltung nach Lösungen und bleiben am Ball. Sie informieren sich und die Bevölkerung zu wichtigen Themen älterer Menschen und fördern so die Willensbildung. Sie erarbeiten Positionen und fassen Beschlüsse zu wichtigen Themen. Sie greifen die Rechte älterer Menschen auf und prüfen deren Umsetzung auch in stationären Einrichtungen. Seniorenvertretungen sorgen für Veränderungen im Gemeinwesen, die allen zugutekommen. Dazu gehören zum Beispiel: Barrierefreiheit, Sitzmöbel im öffentlichen Raum, gute Pflege vor

Ort, Dienstleistungen und Infrastruktur im ländlichen Raum, Verbesserung des ÖPNV und Bekämpfung von Diskriminierung in der Gesellschaft. Viele Projekte gehen auf die Initiative von Seniorenvertretungen zurück und werden auch von ihnen umgesetzt. Dazu gehören: Repaircafés, Bürgerbusse, Nachbarschaftsinitiativen, Hausaufgabenhilfe, Lesepatenschaften und vieles mehr. Zwei Seniorenvertretungen sind auch Botschafter für landes- und bundesweite Themen und Projekte wie zum Beispiel bei den „Silver Surfern“, „Ich bewege mich – mir geht es gut“, Wohnberatern und Digitalbotschaftern.

Breite Themenvielfalt

Seniorenvertretungen haben Kontakt zur älteren Bevölkerung, sind Anlaufstelle für deren Belange (Sprechstunden, Veranstaltungen, Seniorentage, regelmäßige Befragungen im Amtsblatt) und sind offen für Anregungen. Sie informieren sich gründlich und stehen im Austausch mit Kommunen

und ihren Ausschüssen: Ob es der Sozial-, Bau-, Wirtschafts-, Kultur- oder Verkehrsausschuss ist, ob der Beirat für Migration und Integration, der Beirat für Menschen mit Behinderung, der Gesundheits-, Psychiatrie- oder Jugendbeirat, der kriminalpräventive Rat oder ob es andere kommunale Gremien sind, Seniorenvertretungen müssen beteiligt werden. Sie bringen wertvolle Erfahrungen ein, kennen die Lage vor Ort, arbeiten konstruktiv an Lösungen und kommunizieren diese.

Aktuelle Themen, die Seniorenvertretungen bearbeiten, sind: Teilhabe älterer Menschen an der Digitalisierung und Nutzung der neuen Medien, Angebote für die Vorbereitung auf den Ruhestand, formelle und informelle Bildungsangebote, Begegnung und Geselligkeit, um Einsamkeit zu vermeiden, Verbraucherschutzinformationen. Themen, die Seniorenvertretungen in kommunalen Gremien aufgreifen: altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum, Pflegesituation in der Ge-

meinde und Region, neue Wohn- und Pflegeformen, Dorf- und Stadtleben aktiv mitgestalten, Versorgung mit Lebensmitteln, Ärzten und Apotheken, Mobilität und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Bekämpfung der Armut, Bewegungsangebote in Vereinen und im öffentlichen Raum.

Gremien und Organisationen, die sich auch um die Belange der älteren Menschen kümmern und mit denen Seniorenvertretungen zusammenarbeiten: Kriminalpräventiver Rat, Demenzzentrum, Regionale Verkehrswacht, Volkshochschule und Volksbildungswerk, Gewerkschaften und Kirchen, Lokale Bündnisse für Familien, Quartiersgremien, Gremien gegen Diskriminierung und für Vielfalt, Mehrgenerationenhäuser, Arbeitskreis Sport, Psychosozialer Arbeitskreis. Oft ist es sinnvoll, gemeinsam mit diesen Organisationen und Gremien Veranstaltungen zu organisieren. Seniorenvertretungen sind Kümmerer für die Anliegen der älteren Generation.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

